

Antrag

der Abgeordneten Joachim Wundrak, Thomas Dietz, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Verbesserung von Abschiebungsmöglichkeiten – Eröffnung eines deutschen Verbindungsbüros in Kabul

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Mit der Machtübernahme der Taliban durch die Einnahme von Kabul im August 2021, dem Untergang der Islamischen Republik Afghanistan und der Errichtung des Emirats Afghanistan muss sich Deutschland auf diplomatischer Ebene der Macht des Faktischen stellen.
 2. Deutschland hat ein erhebliches Interesse, in der afghanischen Hauptstadt seine Interessen gegenüber der Taliban-Regierung zu vertreten. Eine weitere Verweigerung von Kontakten zur afghanischen Regierung in Kabul ist kurzsichtig, migrationspolitisch unvernünftig und überlässt Konkurrenten wie der Türkei, Saudi-Arabien oder China und Russland das Feld.
 3. Mit der Eröffnung eines Verbindungsbüros in Kabul ist keine offizielle Anerkennung der Taliban-Regierung verbunden. Vorbild für das Verbindungsbüro ist die Ebene der Kontakte zwischen Berlin und Taipeh (Deutsches Institut Taipeh als deutsche Auslandsvertretung).
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
 1. ein Verbindungsbüro in der Liegenschaft der bisherigen deutschen Botschaft in Kabul zu eröffnen und das in Katar befindliche deutsche Büro Kabul zu schließen;
 2. einen Leiter für das Verbindungsbüro als Repräsentanten zu bestimmen;
 3. mit dem Verbindungsbüro eine Anlaufstelle für noch in Afghanistan befindliche deutsche Staatsbürger zu errichten, um die seit Schließung der deutschen Botschaft in Kabul zuständige deutsche Botschaft in Islamabad zu entlasten;
 4. mit dem Verbindungsbüro eine Anlaufstelle für deutsche und afghanische Vertreter aus der Wirtschaft zu schaffen;

5. durch das Verbindungsbüro eine Koordinierung für die Rückkehr afghanischer Staatsbürger aus Deutschland zu ermöglichen.

Berlin, den 24. September 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Nachdem die westlichen Alliierten mit der Unterstützung einer afghanischen Republik unter Ausschluss fundamentalistischer Kräfte wie der Taliban gescheitert sind, ist es aus deutschem nationalen Interesse geboten, dass die Bundesregierung schrittweise auf diplomatischer Ebene mit der offiziellen afghanischen Regierung kommuniziert, ohne diese anzuerkennen.

Bisher haben Länder wie Pakistan, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate das Islamische Emirat Afghanistan der Taliban offiziell anerkannt. Mit den genannten Ländern der arabischen Halbinsel sind politische und wirtschaftliche Schwergewichte der islamischen Welt offiziell in Afghanistan aktiv. Das bietet ihnen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Deutschland. Staaten wie die Türkei, Katar und China haben vor allem wirtschaftliche Interessen in Afghanistan und sind im Austausch mit den Taliban, um ihre jeweils eigenen Interessen in Afghanistan zu wahren, unabhängig von der Frage der diplomatischen Anerkennung der Taliban.

Das Beispiel der Türkei kann beispielhaft sein für einen pragmatischen Umgang mit der Taliban-Regierung, auch mit Blick auf die Migration aus Afghanistan in Richtung Deutschland. Die Türkei beherbergt derzeit ca. 120.000 Flüchtlinge aus Afghanistan. Angesichts der Fluchtbewegung, die über den Iran in die Türkei kommt, hat die Türkei mit dem Bau einer Grenzmauer begonnen, um den Zustrom zu stoppen. Ankara ist daher daran interessiert, belastbare Beziehungen zu den Taliban aufzubauen, und auch von den Bodenschätzen Afghanistans zu profitieren.

Eine noch weiterreichende Politik betreibt Peking, das mit der formellen Anerkennung der Taliban-Regierung seine geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen in Afghanistan und Südasien wahren will. Inzwischen arbeiten auch internationale Organisationen wie die EU, deren stellvertretender Leiter ein Deutscher ist, und die UN auf Arbeitsebene wieder in Kabul. Deutschlands begrenzte Präsenz in Kabul, um u.a. direkte Kontakte zu den in Afghanistan (immer noch) ansässigen Hilfsorganisationen (wie z.B. die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit/GIZ) zu pflegen, reicht nicht aus.

Der ehemalige deutsche Botschafter in Afghanistan und Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, aktuell stellvertretender UN-Sondergesandter in Afghanistan, Markus Potzel, hat eine Wiedereröffnung der Botschaften Deutschlands und weiterer westlicher Staaten in Kabul gefordert, ohne dass dies mit einer Anerkennung der Taliban-Regierung verbunden ist.¹

Die Bundesregierung muss sich den politischen Tatsachen stellen und vernünftige Arbeitsbeziehungen mit der Taliban-Regierung in Kabul herstellen, nicht zuletzt um über die sicherheits- und migrationspolitischen Entwicklungen in Afghanistan vor Ort Erkenntnisse zu sammeln und die Lage zu verfolgen.

¹ Vgl. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-12/afghanistan-markus-potzel-un-vertreter-rueckkehr-westliche-botschaften>